

Gesundheitsreform wird immer wahrscheinlicher

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung
für die Woche vom 12. bis 18. Oktober 2009*

(te) In der vergangenen Woche war der Fokus der Berichterstattung in den Vereinigten Staaten auf innenpolitische Themen gerichtet. Unverändert stand dabei vor allem der andauernde Streit um die Gesundheitsreform und die Frage nach der Verstärkung der Truppen in Afghanistan im Vordergrund.

Die *Los Angeles Times* sprach angesichts der immer heftiger werdenden Diskussion um die Gesundheitsreform sogar davon, dass nun eine neue Stufe der Auseinandersetzungen erreicht sei. Es werde immer wahrscheinlicher, dass zumindest eine überarbeitete Version von Präsident Barack Obamas Reformplänen vom Kongress genehmigt werde. Am finanziellen Rahmen von 829 Milliarden Dollar werde sich dabei voraussichtlich nichts ändern. Daher befänden sich Versicherungen, Pharmaindustrie und Gewerkschaften nun in einem erbitterten Interessenskampf. Die Gewerkschaften stellten sich vor allem gegen eine geplante Steuer auf sogenannte Luxusversicherungen, weil sie sich jahrelang für großzügige Gesundheitsleistungen statt höherem Gehalt stark gemacht hätten. Die Versicherungsgesellschaften bemühten sich darum kaum vermeidbare Beitragserhöhungen für ihre Mitglieder möglichst gering zu halten, während die Pharmaindustrie vor allem die geplanten Einsparungen bei der Herstellung von Medikamenten kritisierten.

Wie die *Washington Post* Anfang der Woche berichtete, habe der Präsident nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit mehr Hilfstruppen als erwartet nach Afghanistan gesandt. Insgesamt belaufe sich die Zahl an zusätzlichen Soldaten jetzt auf 34 000 statt der im März angekündigten 21 000. Dies unterstreiche, unter welchem Druck die amerikanischen Truppen stünden und wie dringend notwendig sie Unterstützung benötigten.

Im Finanzsektor zeichneten sich ebenfalls Veränderungen ab. Die *New York Times* meldete, dass der Rettungsplan der Regierung Früchte trage und sich die Situation an der Wall Street erhole, trotz der immer noch angespannten wirtschaftlichen Lage des Landes. Die *NYT* führte dies auf staatliche Hilfen wie die Reduzierung der Zinssätze und großzügige Kredite an Banken zurück. Außerdem hätten die zahlreichen Bankenpleiten die verbliebenen Geldinstitute gestärkt.

Quellen:

www.latimes.com

www.nyt.com

www.slate.com

www.washingtonpost.com